



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (vom 8. bis 14. Januar)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Reichs Spiegel

(vom 8. bis 14. Januar)

Die Reichstagswahlen

Das zahlenmäßige Ergebnis — Die Wahlen von 1903 — Stichwahlausichten —
Hervortreten der Regierung

88 Zentrumsmitglieder, 66 Sozialdemokraten, 38 Konservative, 14 Polen, 4 Wilde und 4 Nationalliberale! Das ist das vorläufige Ergebnis des sogenannten Volksgerichts vom 12. Januar 1912. Dazu kommen in die Stichwahl 126 Liberale, 113 Sozialdemokraten, 74 Konservative, 37 Zentrumsmitglieder, 10 Polen und 10 Wilde.

Die neu geschaffene Lage erinnert lebhaft an die Verhältnisse nach den Wahlen von 1903.

Auch damals war das Ergebnis: starkes Anschwellen der sozialdemokratischen Partei, Stärkung der Bedeutung des Zentrums und erhebliche Minderung der Parteien mit vermittelnden Tendenzen. Aber eine Nuance drängt sich noch stärker in den Vordergrund, die 1903 zwar schon vorhanden war, aber doch nicht ganz so verheerend auf die Mittelparteien zu wirken vermochte: die Einwirkung der wirtschaftlichen Verbände. Die wirtschaftlichen Parolen waren beim jüngsten Wahlkampfe überaus mannigfaltig: hier hieß es lückenloser Zolltarif, dort Kampf den Brotverteuerern! hier Schwerindustrie, dort verarbeitende Gewerbe! hier Grundrente, dort Bodenreform! Lauter Parolen kleiner Interessengruppen, die die Mehrheit jeweils zum Gegner hatten. Nur das Zentrum und die Sozialdemokratie konnten bei ihrer Agitation auf Werte hinweisen, die über den Alltagsbedarf hinausreichen, und die sehr wohl Gemeingut verschiedenartiger sozialer Schichten sein können. Darum mußten beide auch so fest aus dem ersten Wahlgange hervorgehen. Zwei Parteien, die so tief in den breiten Schichten der Nation wurzeln, wie die genannten, lassen sich vielleicht zusammen mit der Nation umbilden, nicht aber kurzerhand aus ihr herausreißen. Darum wollen wir auch nicht Trübsal über das blasen, was eingetreten ist, sondern versuchen, aus dem Vorhandenen den größtmöglichen Nutzen zu ziehen.

Die Stichwahlen dürften an der dem neuen Reichstage schon jetzt gegebenen Signatur kaum etwas ändern. Das Zentrum wird aller Wahrscheinlichkeit nach in einer Stärke von 100 bis 110 Abgeordneten in den

Ballotbau einziehen, die Sozialdemokratie eine Schar von 90 bis 100 entsenden; die Fähnlein aller Konservativen mögen mit 55 bis 60, die der Liberalen mit 80 bis 90 Köpfen aufwarten. Dazu käme dann noch das Treibholz der Polen, Dänen, Lothringer, Welfen und Wilden, das häufig genug imstande war, den Abstimmungen des Reichstages eine unerwartete Wendung zu geben. So wird denn das gleiche Ringen, das von 1903 bis 1907 die Kräfte der Regierung lahmlegte, von neuem beginnen, und wir werden kaum einen Ausweg aus dem Labyrinth einander widerstrebender Wünsche und Ansprüche finden, wenn nicht ein Alexander auftritt, den gordischen Knoten zu durchschlagen.

Die Regierung glaubt noch in letzter Stunde dem Wahlschiff einen festen Kurs geben zu können durch den Hinweis auf die Notwendigkeit neuer Rüstungen. Die Wähler sollen dafür sorgen, daß ein Reichstag zusammentritt, der die bevorstehenden Mehrforderungen bewilligt. Die bürgerlichen Parteien haben darauf keinen Einfluß mehr. Die Entscheidung über die Bewilligungsfreudigkeit des Reichstags liegt schon jetzt beim Zentrum und es wird daran nichts geändert, mögen ein Duzend Sozialdemokraten mehr oder weniger in den Reichstag kommen. Mit dem Zentrum wird die Regierung um alles feilschen müssen, was dem Vaterlande nottut. Was aber die Situation so außerordentlich schwierig gestaltet, das ist die Notwendigkeit, neue Mittel aufbringen zu müssen, die uns entweder zur Pumpwirtschaft zurückführen oder aber neue Steuern auferlegen. Da jedoch nach verschiedenen Versicherungen der Regierung mit der Pumpwirtschaft endgültig gebrochen wurde, bildet die Hauptbelastungsprobe des neuen Reichstags nicht so sehr die Heeresforderung an sich — ich kann mir denken, daß unter gewissen Voraussetzungen die Sozialdemokraten nicht versagen werden — als die Deckungsfrage, das heißt die Art der neu aufzubringenden Steuern. Und damit taucht von neuem der Zankapfel auf, der im Jahre 1908 die nationalen Parteien auseinandertrieb. Wir dürfen von den Konservativen nicht erwarten, daß sie heute jene Steuern bewilligen, gegen die sie sich vor zwei Jahren so energisch wehrten, und können von Liberalen und Sozialdemokraten nicht annehmen, daß sie sich aus „nationalen Rücksichten“ zu erneuten Lasten für die großen Massen verstehen. Der internationale Horizont sieht recht bedrohlich aus, und einer Ergänzung unserer Wehrstreitkräfte bedürfen wir dringend. In gleichem Maße beansprucht aber der wirtschaftliche und soziale Ausgleich im Innern, der durch die letzte Reichsfinanzreform ohne Zweifel schwer erschüttert wurde, der aufmerksamsten Fürsorge. Der Zersplitterung der Nation muß endlich Einhalt geboten werden. Wenn also die Regierung die Mahnung an die Wähler richtet, so zu wählen, daß die Sicherheit des Vaterlandes gewährleistet bleibt, so sei daran erinnert, daß die Gesundheit des Reiches und demgemäß die Fähigkeit, Macht nach außen zu entfalten, auf der Sicherheit der finanziellen und wirtschaftlichen Lage der Nation beruht. Danach wird jeder, der seine staatsbürgerlichen Pflichten mutvoll auszuüben gedenkt, bei der Stichwahl handeln müssen. G. C.

Auswärtige Politik

Marokko im französischen Senat — Ministerkrisis — Schwierigkeiten der Kabinettsbildung — Herr Delcassé — Die Kandidatur Poincaré — Frankreichs auswärtige Politik — Frankreich und England — Die Gewerkschaftsbewegung in England

Marokko, und immer wieder Marokko! Es scheint fast, als könne diese unheilswangere Frage doch nicht eher zur Ruhe kommen, als bis sie einen der an ihr beteiligten Staaten tödlich verwundete. Noch sind alle Blicke auf Nordwestafrika gerichtet trotz Tripolis und Mazedonien, trotz Persien, trotz China, Mandschurei und Mongolei! Diesmal ist es die plötzlich über Frankreich aus Anlaß des Marokkoabkommens vom 4. November 1911 hereingebrochene Ministerkrisis, die uns erneut zwingt, uns des Marokkohanfels im Rahmen der Welt-politik zu erinnern. Herr de Selves, Frankreichs Minister der auswärtigen Angelegenheit, ist aus dem Kabinettsboot herausgesprungen, das den Marokko-vertrag durch die stürmische Senatssee in den sicheren Hafen führen sollte, und hat dabei sämtliche Ruderer von ihren Bänken geworfen. Ob es einfach Fahnen-flucht ist, oder ob es sich um ein fein und perfide eingefädeltes Komplott des Chauvinisten Clemenceau oder des ehrgeizigen Delcassé handelt, bei dem Herr de Selves eine möglichst unrühmliche Rolle spielte, das entzieht sich zunächst unserer Kenntnis, ist auch für die Sache selbst recht unwesentlich.

Der Handstreich der Herren Delcassé und Genossen hat auch noch zu keinem endgültigen Ergebnis geführt. Herr Delcassé, dessen Erscheinen an der Spitze der französischen Regierung von unseren Chauvinisten als eine Herausforderung Deutschlands bezeichnet wurde, hat weder das Präsidium noch die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernommen. Vielmehr heißt es, daß Herr Poincaré die Last der Regierungsführung auf sich geladen hat, während Herr Delcassé die Rolle des Kriegsministers eintauscht gegen die des Marineministers. In diesem Hinüberwechseln Delcassés aus einem Ressort in das andere, mag eine gewisse Absichtlichkeit liegen. Es hat wirklich den Anschein, als wenn dieser fähige und rücksichtslose Kopf erst alle Elemente staatlicher Betätigung in der auswärtigen Politik aus eigener Anschauung kennen lernen will, ehe er sich zur Übernahme der Leitung der Regierung versteht. Aber ob diese Tendenz dem Vorgehen Delcassés zugrunde liegt, können wir nur mutmaßen. Immerhin, eine Gefahr für Deutschland brauchen wir darin noch nicht zu erkennen. Nicht Kenntnisse, sondern Unkenntnis ist meist die Ursache von Mißgriffen und falschen Orientierungen.

Die Kandidatur Poincarés ist ein Zeichen dafür, daß der nationale Gedanke in den führenden Kreisen Frankreichs kräftig in den Vordergrund strebt. Herr Poincaré ist kein Neuling und hat eine für die innere Politik Frankreichs wichtige Geschichte hinter sich. Während der schweren Jahre 1907, als die Republikaner und Demokraten den Kampf gegen die staatszersezenden Herveisten und Syndikalisten zu führen hatten, stellte sich Poincaré an die Spitze der Ordnungsparteien, und eine seiner gegen die Syndikalisten gehaltene Rede schließt

mit folgenden klassischen Worten: „Wir gehören nicht zu denjenigen, welche glauben, daß über den Nationen ein sogenannter Klassenpatriotismus steht; wir glauben, daß die Nationen die notwendige Herde der allgemeinen Zivilisation sind. Zwischen uns und den Verächtern des Vaterlandes ist ein Abgrund, der nie geschlossen werden kann. Wir halten die Tricolore hoch, nicht die rote Fahne, die Marseillaise, nicht die Internationale, für Frankreich gegen alle, die es verraten, verleugnen oder verlassen.“ (Schiemann, „Deutschland und die große Politik“, Seite 163.)

Wir wollen dennoch die Neubildung des französischen Kabinetts nicht tragisch nehmen, wenn auch Poincaré und Delcassé sich weiterhin als unsere Gegner entpuppen sollten. Friedrich der Große hat irgendwo einmal dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß in der Geschichte fast immer wieder dieselben Szenen sich wiederholen, bei denen nur die Namen der handelnden Personen geändert zu werden brauchen. Die Geschichte geht ohne Rücksicht auf die scheinbar führenden Personen ihren Gang, und diese sind gezwungen, sich den an sie heran tretenden Aufgaben zu widmen, ohne Rücksicht darauf, ob sie mit ihren Dogmen oder Lieblingsideen übereinstimmen. Auch die Herren Poincaré und Delcassé werden nicht an Prinzipien und persönlichen Neigungen früherer Jahre festhalten dürfen, sofern diese den Interessen des Landes zuwiderlaufen. Es ist durchaus nicht gesagt, daß Herr Delcassé heute die Interessen Frankreichs wird mit denselben Mitteln vertreten müssen, wie vor acht Jahren. Wenn er auch vor acht Jahren das Bündnis mit England betrieben hat, so ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß er heute das Interesse seines Landes in einer anderen Kombination erkennt. Wir können somit der Entwicklung der Dinge in Frankreich, die selbstverständlich unsere größte Aufmerksamkeit beanspruchen, mit ruhiger Gelassenheit zusehen und abwarten, erstens, wie das neue Ministerium endgültig aussieht, zweitens, welche politischen Ziele es verfolgt, und drittens, ob diese Ziele mit dem Bedürfnis der französischen Nation und deren Wünschen übereinstimmen.

Die auswärtige Politik Frankreichs wird sich naturgemäß nach der vorangegangenen Entwicklung auch danach richten, welche Haltung England in Fragen der auswärtigen Politik einnimmt, und ob die Macht Englands wirklich dazu ausreicht, neben den eigenen Interessen auch noch die eines befreundeten Staates zu schützen, der nicht selbst in der Lage ist, diese zu vertreten.

Zwischen Frankreich und England hat sich als Ergebnis der früheren Delcasséschen Politik der spanisch-marokkanische Handel eingeschlichen, in dem England, wie bekannt, energig Stellung für die Gegner Frankreichs nimmt. Wenn Herr Delcassé seinerzeit die Notwendigkeit dieses Ausgangs seiner Freundschaft mit Eduard dem Siebenten nicht erkannt hat, so ist das ein Zeichen, wie wenig er die Ziele der englischen Politik verstand. Denn daß England, wie z. B. Deutschland, einer Ausbreitung der französischen Macht am Mittelmeer nicht gleichmütig zusehen würde, das mußte Herrn Delcassé doch schon ein Blick auf die Landkarte erklären. König Eduard hat seinerzeit die Spanier sich in

Marokko festsetzen lassen, nicht um sie besonders auszuzeichnen, sondern um die Position der Franzosen in Marokko selbst zu schwächen und um für die englische Politik einen Bundesgenossen zu gewinnen, dessen Häfen sowohl auf der Nord- wie auf der Südküste des Mittelmeeres Stützpunkte einer englischen, gegen Frankreich operierenden Flotte sein würden. Frankreich dürfte in den nächsten Wochen und Monaten ein schweres diplomatisches Werk zu leisten haben. Wenn es heute in seinem Kampf isoliert ist, so ist daran niemand anders schuld, als die Politik des Herrn Delcassé bis zum Jahre 1905. — — —

In dem vereinigten Königreiche ist seit Jahren die Gewerkschaftsbewegung zu einer revolutionären, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes schwer bedrohenden Gefahr erstarkt. Konnte im vergangenen Sommer die Regierung einem alles Räderwerk stillstellenden Generalstreik durch den Hinweis auf eine internationale Verwicklung den Boden entziehen, so dürfte bei dem bevorstehenden Generalstreik ein ähnliches Manöver keine Wirkung mehr haben. Nachdem es vor aller Welt und somit auch vor den englischen Arbeitern offen da steht, daß im letzten Sommer und Herbst nicht Deutschland der Friedensstörer war, sondern England, werden die englischen Arbeiter zum zweiten Male nicht auf ein Märchen hineinfallen, das wesentlich dazu erfunden wurde, um der inneren Schwierigkeiten um so leichter Herr werden zu können. Die deutsche Politik hat sich während der ganzen Krise im Sommer so eminent friedlich erwiesen, und die wirtschaftlichen Ziele der deutschen Politik in Afrika sind seit einem Jahrzehnt mit so konsequenter Ruhe festgehalten worden und stehen als friedlicher Konkurrenzkampf so erhaben über den aggressiven Manieren der Briten, daß auch die englischen Arbeiter erkannt haben werden, wie wenig Gefahr ihnen von deutscher Seite droht. Auf den Schützen springt der Pfeil zurück. Im englischen Kohlenbergbau sind rund 1027500 Personen beschäftigt. Die Förderung betrug im Jahre 1910 264000433 Tonnen Kohle. Von dieser gewaltigen Förderung gehen allein auf den Inlandsbedarf rund 180000000 Tonnen und von diesen wieder rund 12,5 Millionen Tonnen zur Heizung der Eisenbahnlokomotiven ab. Wenn nun auch im Hinblick auf den bevorstehenden Streik die Eisenbahnen und wohl auch die Staatswerkstätten und die Marine vorgesorgt haben, so würde ein Ausstand von längerer Dauer viele Fabriken zum Stillstand nötigen und zur Einschränkung von Eisenbahn- und Schiffsverkehr führen, da in erster Linie die kleinere Hilfsindustrie lahm gelegt werden würde.

G. C.

Wirtschaftsverhältnisse und Wirtschaftspolitik Belgiens

In Brüssel fand am 4. Januar d. Js. eine Versammlung des Verbandes zur Verteidigung der Industrie Belgiens statt, um Maßregeln zur Bekämpfung des ausländischen Wettbewerbes zu beschließen. Auf der Tagesordnung stand auch eine lobende Anerkennung für den Eisenbahnminister, der durch ein Rundschreiben an alle Behörden angeordnet hat, daß bei Verdingungen von Eisen-

bahnbedarf den inländischen Industrieerzeugnissen der Vorzug gegeben werden müsse. Sogar patentierte Apparate des Auslandes seien möglichst zu vermeiden und durch inländische Einrichtungen zu ersetzen.

Dieser Vorgang erscheint eigenartig, wenn man die wirtschaftlichen Verhältnisse Belgiens, die das Land unbedingt auf gute Beziehungen zum Ausland weisen, näher betrachtet.

„Ein kleines Land“, so schreibt der Internationale Volkswirt in Nr. 31 vom 30. April 1911, „seiner Flächenausdehnung nach wenig mehr als den zwanzigsten Teil, seiner Bewohnerzahl nach kaum den achten Teil Deutschlands repräsentierend, aber in seiner Bevölkerungsdichte mit an erster Stelle unter den Staaten Europas stehend, mit einem engmaschigen Eisenbahnetz, einem gewaltigen Handelsverkehr, der im Welthandel das Land zu einem wichtigen Mittler zwischen Übersee und dem europäischen Binnenlande macht, einer blühenden, vielgestaltigen eigenen Industrie, beträchtlichen Kapitalsummen und Spargeldern, die Beschäftigung und Anlage im Auslande seit Jahrzehnten erfolgreich gesucht und gefunden haben: so stellt sich das moderne Belgien dem wirtschaftlichen Beobachter und Kritiker dar. Diese hohe Stufe ist . . . in jahrhundertelanger Arbeit erklommen. Die glückliche geographische Lage Belgiens und Hollands für Welthandel und Weltverkehr . . . trat schon frühzeitig hervor und wurde nicht nur nicht alteriert als der Welt handelsweg über die Rheinstraße, statt wie im späten Mittelalter rheinabwärts, so mit der beginnenden Neuzeit rheinaufwärts sich erstreckte, sondern wurde nur noch um so gefräftigter. Brügge, Lüttich, Brüssel, Mecheln spielen schon zur Zeit der Hanse eine große Rolle. An ihre Stelle traten später Antwerpen und Gent, die freilich nach dem niederländischen Freiheitskriege zur Zeit Philipps des Zweiten der Bedeutung Amsterdams weichen mußten. Erst im neunzehnten Jahrhundert hat Belgien nach seiner Loslösung von Holland eine erneute Blüte erlebt und in der großartigen Beteiligung an der Kolonialwirtschaft, wie sie in der Kolonialpolitik Leopolds des Zweiten hervortrat, eine wirtschaftliche Macht gewonnen, die wahrlich nur wenig hinter derjenigen der großen Kulturstaaten zurückbleibt“.

Belgien hat in der Tat durch die dichte Bevölkerung des Landes, die glänzende Entwicklung seiner Industrie sowie durch einen lebhaften Zwischenhandel, der in beachtenswertem Maße auch den Absatz deutscher Waren nach europäischen und überseeischen Ländern vermittelt, eine Aufnahmefähigkeit gezeigt, die zu dem territorialen Umfange des Landes durchaus nicht im richtigen Verhältnisse steht. Die Einfuhr der wichtigsten Waren nach Belgien erreichte nach den Zusammenstellungen der belgischen Generalzolldirektion im Jahre 1910 einen Wert von 3958058000 Franken gegen 3588158000 Franken im Jahre 1909. Die Ausfuhr belgischer Erzeugnisse hatte 1910 einen Wert von 2930314000 Franken, während sie im vorhergegangenen Jahre 2703883000 Franken betrug. Die wichtigsten Länder waren an dieser Handelsbewegung in folgendem Umfange beteiligt:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1910	1909	1910	1909
	Wert in 1000 Franken			
Deutscher Zollverein	554 912	488 313	736 070	728 769
Frankreich	676 689	556 787	576 145	495 893
Großbritannien	384 377	358 801	388 725	371 489
Niederlande	291 870	280 780	316 515	310 712
Vereinigte Staaten von Amerika	239 692	276 708	102 873	104 728

Deutschland steht mithin in der belgischen Einfuhr an zweiter Stelle, hinter Frankreich, das den ersten Platz mit einem Vorrang von über 120 Millionen Franken behauptet. In der Ausfuhrstatistik Belgiens stand aber Deutschland allen anderen Völkern voran und übertrifft Frankreich um über 1½ Millionen Franken. Die Ausfuhr Deutschlands nach Belgien betrug in den Jahren 1908 und 1909 (neuere zusammenfassende Zahlen liegen nicht vor) in 1000 Franken:

	1908	1909
Maschinen	35 515	35 933
Eisen und Stahl	35 621	39 096
Musikinstrumente	1 013	1 140
Eisenbahn- und Straßenbahnwagen	2 631	1 884
Möbel	2 886	3 045
Kunst- und Sammlungsgegenstände	1 323	1 673
Fayence und Porzellan	2 104	2 341
Buchdruckerzeugnisse	3 263	3 489
Papier	6 470	6 435
Bijouterien in Gold	1 957	1 783
Bijouterien in Silber	1 528	1 339

Die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel und die deutsche Saatzucht wiesen in den nachstehenden beiden Zweigen folgende Ausfuhrziffern in 1000 Franken aus:

	1908	1909
Bier	4 010	4 040
Sämereien	2 851	3 348

Die genannten Industriezweige stellten 1908 mit rund 185 Millionen Franken, 1909 mit rund 195 Millionen Franken jeweils ein volles Viertel unserer Gesamtausfuhr und einen hart umstrittenen Teil derselben dar. Die übrigen drei Viertel, d. s. für das Jahr 1909 rund 300 Millionen Franken der deutschen Ausfuhr nach Belgien, setzten sich hauptsächlich aus Rohstoffen und Halbfabrikaten für die Industrie zusammen; so betrug die Ausfuhr von Kohlen 75 Millionen Franken, von Eisen und Stahl 39 Millionen Franken und so fort. In der Ausfuhr von Fabrikaten aus Deutschland nach Belgien standen an erster Stelle die Erzeugnisse der chemischen Industrie. Im Jahre 1909 wurden ausgeführt:

Chemische Erzeugnisse	im Werte von rund 21 Millionen Franken
Farbstoffe	" " " " 47 " "
Drogen	" " " " 5 " "

Die Ausfuhr der deutschen Textilindustrie ist gleichfalls recht bedeutend; sie betrug 1909:

an Kurzwaren	rund 14 Millionen Franken
" Geweben aus Baumwolle	" 11 " "
" Geweben aus Seide	" 4 " "
" Geweben aus Wolle	" 7 " "

Anderer wichtige Zweige in der deutschen Ausfuhr nach Belgien bilden die Automobil-, die Spielwaren-, die Parfümerie-Industrie u. a. m. Die Brüsseler

Ausstellung hat natürlich zu einer Vermehrung der Wareneinfuhr nach Belgien geführt: sie hatte im ersten Halbjahr 1910 einen Wert von 1952 Millionen Franken erreicht gegen 1759 Millionen Franken in der ersten Hälfte des vorangegangenen Jahres. Insbesondere hatte sich die Einfuhr von Fabrikaten von 268 Millionen Franken auf 453 Millionen Franken gesteigert. Die Einfuhr aus Deutschland betrug in dem angegebenen Zeitraume 278 Millionen Franken, dem Werte nach gegen 230 Millionen im ersten Halbjahre 1909; davon entfielen 140 Millionen Franken (im Jahre vorher 117 Millionen Franken) auf Fabrikate.

Daß die deutsche Flagge unter den Schiffen, die den Antwerpener Hafen anlaufen, am häufigsten vertreten ist, bedarf keiner weiteren Hervorhebung. Ebenso ist bekannt, daß die belgischen Staatsbahnen durch eine geschäftsmäßige Tarifpolitik es verstanden haben, große Mengen der südwestdeutschen, insbesondere der lothringisch-luxemburgischen Eisenindustrie auf ihre Bahnen zu ziehen — Mengen von 600 000 bis 700 000 Tonnen jährlich, die von rechtswegen deutsch-preußischen Eisenbahnlinien und — nach Ausführung der Moselfanalisierung — der deutschen Rheinschiffahrt zufallen müßten. Die Bestrebungen der lothringischen Industrie, von den belgischen Staatsbahnen die gleichen Frachtermäßigungen zu erlangen, die sie den Saarwerken gewähren, sind bisher ergebnislos geblieben, weil die belgische Eisenbahnverwaltung sich von der Erwägung leiten läßt, daß die Ausfuhr der lothringischen Werke auf die belgischen Bahnen angewiesen sei und darum Frachtopfer, wie sie den Saarwerken gebracht worden sind, für sich nicht erzwingen können. Die Bevorzugung der Saarwerke wird indes von der lothringisch-luxemburgischen Industrie als Zurücksetzung empfunden, weil sie erheblich größere Mengen als jene der belgischen Staatsbahn zuführt und als Meistverfrachter auch Meistbegünstigungen beanspruchen zu können glaubt; sie wird daher den Teil ihrer Fracht, über den sie selbständig verfügen kann, wenn auch mit geringen Opfern, den niederländischen Häfen zuführen.

Die belgische Eisenindustrie hat eine bemerkenswerte Entwicklung durchgemacht. Die ursprünglich mit belgischem und französischem Kapital gegründeten Montanwerke sind zum Teil in deutschen Besitz übergegangen oder unter deutschen Einfluß gebracht worden: so ist die früher in belgischem Besitz befindliche Moselhütte in Maizières mit den Rombacher Hüttenwerken vereinigt. Die Hochöfen in Deutsch-Dth sind an den Nacher Hüttenverein Rothe Erde angegliedert, die Hochofengesellschaft Fentscher Hütte an den Lothringer Hüttenverein Numez-Friede; die Aktiengesellschaft Differdingen-Dannenbaum wurde durch die Darmstädter Bank mit der deutschen Industrie verschmolzen; Sambre et Moselle kam unter die Kontrolle der Firma Thyssen u. a. m. Seit geraumer Zeit ist aber die belgische Montanindustrie nicht ohne Erfolg bemüht, das verlorene Terrain wieder zu gewinnen. Die belgischen Hütten- und Kohlenbergwerke sind zum Teil mit den modernsten maschinellen Einrichtungen ausgestattet. Das gilt z. B. von der Gesellschaft Dugrée-Marihaye, Chiers, von der Société Anonyme de Clabecq, Cockerill, Espérance-Longdoz, Thy-le-Château, Châtelineau, Athus, Grivegnée, Angleur.

Die belgische Roheisenerzeugung hat sich in den letzten Jahren bereits kräftig gehoben. Sie betrug 1910: 1800000 Tonnen gegen 1600000 Tonnen im Jahre 1909 und 1200000 Tonnen im Jahre 1908. Die belgische Eisenindustrie ist, wie bereits ausgeführt, auf eine starke Ausfuhr ihrer Erzeugnisse angewiesen, da im Verhältnis zu der starken Produktion der Inlandsverbrauch nur klein ist und außerdem ein nennenswerter Zollschutz nicht besteht. Alle Verbands- und Syndikatsbestrebungen hatten in Belgien immer mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, die zum Teil in den manchesterlichen Anschauungen weiter Kreise der Großindustrie begründet sind; in Krisenzeiten finden sich häufig Syndikatsmitglieder, welche die Preise unterbieten, und in Zeiten günstiger Konjunktur wirft man der Syndikatsleitung gewöhnlich vor, daß sie die Gunst der Umstände nicht genügend ausnütze. Die Geschichte des belgischen Roheisen-Syndikats ist ein Beispiel dafür. Ganz abgesehen davon liegt der Grad von Disziplin, der die Voraussetzung eines jeden Syndikats ist, dem belgischen Volkscharakter etwas fern; während in Deutschland alles zur Konzentration drängt, gibt es daher in Belgien nur ganz wenige große Werke, dagegen eine ansehnliche Reihe kleiner und kleinster Betriebe.

Die innerhalb der deutschen Zollunion gelegene südwestdeutsch-luxemburgische Eisenindustrie ist durch höhere Eingangszölle gegen den belgischen Wettbewerb geschützt und verfügt immerhin über einen größeren Inlandsmarkt, so daß sie in Krisenzeiten leichter die belgische Konkurrenz auf dem Weltmarkte unterbieten kann, ohne allzu großen Schaden zu erleiden, und in Belgien selbst dürften die besser ausgerüsteten kapitalkräftigen und stärker geschützten deutschen Industrien mit der belgischen Eisenindustrie in erfolgreichen Wettkampf treten können.

Die etwaigen Folgen des von Deutschland her befürchteten Wettbewerbes sind in den letzten Jahren in Belgien wiederholt der Gegenstand eingehendster Erörterung gewesen; u. a. suchte man deshalb für einen engeren, wirtschaftlichen Anschluß an Holland Propaganda zu machen, allerdings weniger unter Betonung der von Deutschland drohenden industriellen Konkurrenz als unter Anführung politischer Besorgnisse. Wenn die deutsche Industrie auch alle Veranlassung hat, den Bemühungen Belgiens, das verlorene Terrain wieder zu gewinnen, ernste Beachtung zu schenken, so ist das doch in weit höherem Maße in Belgien der Fall. Ein belgischer Industrieller schrieb vor einigen Jahren in der französischen Zeitschrift „Revue Economique Internationale“ über das internationale Syndikatswesen vom belgischen Standpunkte aus betrachtet:

„Der Belgier hält grundsätzlich die freie Konkurrenz für den allein richtigen Standpunkt. Die industriellen Syndikate sind Erscheinungen des Protektionssystems, das besonders Deutschland und Amerika so weit als möglich ausgebildet haben. Seine Folgen sind: fester Inlandsmarkt, starke Steigerung der Preise, Fernhalten des ausländischen Wettbewerbes und gleichzeitig Ausfuhr zu offensiven Konkurrenzpreisen (Dumping). Für das kleine Belgien, das 75 Prozent seiner Produktion exportiert, ist dieses System unmöglich, andererseits verkennt der Belgier keineswegs die Vorteile des Syndikats. Ja er sieht sich gewissermaßen zu einer Verständigung mit den deutschen Werken genötigt, da sonst deutsche Erzeugnisse in sein Land

eindringen würden zu Preisen, mit denen der belgische Industrielle nicht mehr konkurrieren kann. Wenn auch die großen Werke den Kampf erfolgreich aufnehmen können, so würden doch die vielen kleinen, bedeutende Arbeitermengen beschäftigenden Werke dem Untergange geweiht sein. Zudem würde das Hauptfeld der belgischen Eisenindustrie, der Auslandsmarkt, durch das deutsche Dumping vernichtet werden.

Hierin ist deutlich zum Ausdruck gebracht worden, auf welcher Seite der Vorteil einer Verständigung zwischen Deutschland und Belgien über wirtschaftliche Interessen liegt. Eine der Hauptträgerinnen des Schutzzollgedankens ist in fast allen Ländern die Großindustrie, voran die Großeisenindustrie; es ist aber eine der bemerkenswertesten Erscheinungen in ihrer Entwicklung, daß seit der Erneuerung des deutschen Stahlwerksverbandes eine Epoche der ausgesprochenen Weltmarktpolitik eingesezt hat. Diesem Ziele dient vornehmlich die Ausbildung internationaler Verständigungen, die vom Stahlwerksverbande ausgingen und eins seiner Hauptverdienste bilden. Eine bekannte Abmachung dieser Art waren Abschluß und Ausdehnung des internationalen Schienenkartells, dem die deutschen, englischen, amerikanischen, belgischen und französischen Werke schon seit 1905 angehören und dem später auch die russischen, österreichisch-ungarischen und spanischen Werke beigetreten sind. Die vereinigten Länder haben die „Weltmärkte in freundschaftlicher Weise unter sich aufgeteilt“. Ein weiteres internationales Abkommen war die internationale Trägervereinigung unter Beteiligung von Deutschland, Frankreich und Belgien. Die beteiligten Staaten zeigten sich dem vielfach von deutscher Seite angeregten internationalen Syndikatsgedanken durchweg sehr geneigt, vor allem Frankreich und Belgien. Es ist nicht ausgeschlossen, daß demnächst bei Erneuerung des deutschen Stahlwerksverbandes sich Deutschland und Belgien wiederum, wie früher, untereinander über ihren inneren Markt und einen entsprechenden Anteil am Weltmarkt zu verständigen suchen werden. Dürften doch die Zukunftsaussichten der belgischen Eisenindustrie zu einem großen Teil von der Erneuerung und Ausgestaltung dieses Verbandes abhängen.

Durch Kundgebungen über die Bekämpfung des ausländischen Wettbewerbes, wie sie kürzlich von Belgien ausgingen, werden naturgemäß derartige Verständigungsmöglichkeiten nicht gefördert. Das sollte Belgien in wirtschaftlicher und auch in politischer Hinsicht berücksichtigen und der deutschfeindlichen Stimmungsmache ein Ende bereiten, die mit der Zeit zu einer empfindlichen Schädigung, auch der wirtschaftlichen Interessen, führen muß.

Dr. Kreuzkam-Berlin

Verantwortliche Schriftleiter: für den politischen Teil der Herausgeber George Kleinow in Schöneberg, für den literarischen Teil und die Redaktion Heinz Amelung in Wilmersdorf. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An den Herausgeber der Grenzboten in Friedenau bei Berlin, Hedwigstr. 1a.
 Fernsprecher der Schriftleitung: Amt Pfalzburg 5719, des Verlags: Amt Bülow 6510.
 Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.
 Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dessauer Straße 36/37.